

# Zur Wehrfrage

Autor(en): **Schmid, Arthur**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **14 (1934-1935)**

Heft 3

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-332078>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

14. JAHRGANG -- NOVEMBER 1934 -- HEFT 3

## Zur Wehrfrage

Von Dr. Arthur Schmid.

### I.

Im geltenden Parteiprogramm der schweizerischen Sozialdemokratie heißt es: »Das Proletariat, das *Menschenmord haßt und verabscheut* und *Krieg und Verbrechen aus der Welt schaffen will*, wird stets nur gezwungen zu den Mitteln polizeilicher und militärischer Gewalt greifen und zu dem ausschließlichen Zwecke, die Errungenschaften der sozialen Revolution gegen die Angriffe der ehemals herrschenden Klassen und ihrer Söldlinge zu verteidigen.«

Mit diesem Satze wird klar und eindeutig die Stellung der Sozialdemokratie zum Gewaltproblem und damit auch zum Kriege umrissen.

Die Sozialdemokratie kämpft für die Befreiung der Arbeitenden aus Not und Elend, gegen die Ausbeutung und Unterdrückung. Sie tut das, weil kein anderer Weg ihr die Möglichkeit gibt, die unhaltbaren Zustände der heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu ändern. Das Endziel der Sozialdemokratie ist aber eine *klassenlose Gesellschaft*, in welcher der Krieg verschwunden ist und in welcher die kulturellen Errungenschaften nicht nur gesichert sind, sondern jedem zugänglich gemacht werden. Deshalb ist die Sozialdemokratische Partei die *Trägerin des größten Kulturkampfes*, den es bisher in der Geschichte gab.

Von diesem Gesichtspunkte aus ist es selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie auch in der Vergangenheit sich als Gegnerin des Militarismus und des Krieges bekannte. Ihr Streben ging dahin, *den Krieg zu verhindern*.

### II.

*Wunsch und Wirklichkeit* sind nicht eins. Es genügt nicht, von der Richtigkeit einer Sache überzeugt zu sein und mit heißen Wünschen eine bessere Ordnung herbeizusehnen, sondern man muß sich mit der Wirklichkeit auseinandersetzen, um dem gewünschten Ziele näher zu kommen.

Die *Gewalt* spielt in der Geschichte der Menschheit eine bedeutende und oft ausschlaggebende Rolle. Daß wir die Gewalt ab-

lehnen, heißt noch nicht, daß die Gewalt überwunden ist. Vom Standpunkte der Gewaltlosigkeit aus wird die Kriegsgegnerschaft zu einem absoluten Bekenntnis für eine Idee. Wenn man dieses Bekenntnis als Richtschnur für das praktische Handeln in *allen* Fällen betrachten wollte, dann müßte im Interesse der Gewaltlosigkeit ein *sozialistischer Staat* auf jedes Militär verzichten. Es müßte mit Rücksicht auf die Gewaltlosigkeit auch dann die Gewalt abgelehnt werden, wenn man mit ihr die faschistische Diktatur überwinden und an ihre Stelle wieder freiheitliche Zustände setzen könnte. Kein Sozialdemokrat und kein Freiheitskämpfer wird so entscheiden. Der Schutz eines sozialistischen Staates ist eine Notwendigkeit. Dieser Staat ist eine Zelle der kommenden Ordnung und damit der Sicherung des Friedens. Infolgedessen ist es unerläßlich, daß man ihn den Anschlägen der reaktionären Staaten gegenüber verteidigt und mit der Verteidigung nicht erst einsetzt, wenn der Ueberfall der reaktionären Staaten bereits erfolgt ist. Aus diesen Gründen hat Sowjetrußland eine rote Armee geschaffen. Es blieb ihm gar keine Wahl. Entweder mußte es *auf seine Existenz verzichten*, oder dann mußte es die militärische Bewaffnung der Sowjetunion durchführen.

Kein Sozialdemokrat und kein Freiheitsfreund würde der Gewalt entraten können, wenn sie die Geburtshelferin der Freiheit in einem faschistischen Lande wäre.

*Die Frage der Gewalt kann nicht vom Standpunkte der Gewaltlosigkeit aus beurteilt werden.* Denn die Idee der Gewaltlosigkeit als Richtlinie für das Verhalten in der heutigen Gesellschaft, in der die Gewalt eine so ungeheure Rolle spielt, würde dazu führen, daß diejenigen, welche eine bessere, im Sinne der Gewaltlosigkeit liegende Entwicklung anstreben, *die Gewalt restlos in die Hände der Gewalttätigen* und damit jener legen, welche die heutigen Zustände verewigen wollen und so diese Zustände fortwährend verschlechtern. Dieses Verhalten wäre im Grunde genommen ein Verrat an der Idee der Gewaltlosigkeit selbst. Wir leben in einer Welt der Widersprüche, in der das Verhalten nicht von absoluten Ideen regiert wird. Man muß deshalb versuchen, in dieser Welt der Widersprüche *so zu handeln, daß man einer Idee treu bleibt und alles versucht, um die Wirklichkeit im Sinne dieser Idee zu formen.*

Dabei gilt, daß die *Mittel* an sich nicht ohne weiteres gut oder böse, nützlich oder schädlich sind. Die Mittel, die man für die Aenderung eines Zustandes braucht, sind im einen Falle für die Menschheit nützlich, im andern Falle für die Menschheit schädlich.

Es verhält sich mit der *Gewalt ähnlich wie mit Feuer und Wasser.* Das Wasser ist für die Menschen unentbehrlich. Sie brauchen es, um leben zu können. Ohne Wasser verdursten die Menschen. Und nicht nur sie gehen zugrunde, sondern wenn der Regen aussetzt, bleibt am Schlusse eine Wüste zurück, in der niemand existieren kann. Wenn aber der Bergbach die Ufer übertritt und das Land überschwemmt, wenn ein Stauwehr bricht, dann wird das Wasser zu einem Element, dem die Lebewesen zum Opfer fallen. Das Feuer spielte beim Aufstieg

der Menschen eine überragende Rolle. Es ist eines der wichtigsten Kulturelemente. Aber wenn das Feuer die Wohnstätten der Menschen erfaßt, wenn es die Wälder verbrennt, dann wird es zu einem Unheil für viele.

Die *Gewalt in den Händen der Gewalttätigen*, der Unterdrücker, ist nicht nur für die Betroffenen, für die Unterdrückten und die großen Massen ein *Unheil*, sondern auch *für die Gesellschaft* selbst. Eine Gesellschaft, in der die Diktatur einer kleinen Minderheit herrscht, also beispielsweise in einem faschistischen Staate, wird je länger, je mehr einen kulturellen Niedergang erleben. Die Zustände werden für die Menschen je länger, je unerträglicher. Ein Regime, das sich nur auf die Gewalt gründet, wird letzten Endes zerfallen. Eine solche Gesellschaft wird untergehen. Dabei trifft der Untergang sowohl Unterdrücker als Unterdrückte.

Die Gewalt aber kann ebenso sehr die *Geburtshelferin einer neuen kulturellen Epoche* sein. Dann nämlich, wenn die Gewalt *im Sinne der Entwicklung der Gesellschaft* verwendet wird. So war es zweifellos eine gewaltige Kulturerrungenschaft, als die Blutrache, der Kampf aller gegen alle, abgelöst wurde durch ein System der Rechtsschaffung. Dabei legte man die Gewalt in die Hände der Gesellschaft, die darüber urteilte, ob man jemanden seiner Freiheit berauben, ihn gewaltsam einsperren oder eventuell sogar durch den Tod unschädlich machen sollte. Das war ein Fortschritt gegenüber den primitiven Methoden der Rache. Aber dieser Fortschritt ging noch weiter in dem Momente, da Menschen die Todesstrafe abschafften und man durch die Erziehung des einzelnen versuchte, die Macht der Gesellschaft in anderer Richtung auszunützen. Die kulturelle Entwicklung würde in jenem Momente noch viel weiter gehen, da man die aufreizenden wirtschaftlichen Zustände, die einzelne Menschen direkt zum Verbrechen verleiten, überwinden würde.

Trotz allen Fortschritten auf dem Gebiete der staatlichen Ordnung gibt es Fälle, wo die Gewalt immer noch in Erscheinung tritt. Wenn ein Räuber in ein Haus einbricht, um schlafende Menschen zu ermorden und auszurauben, wird kein Mensch demjenigen einen Vorwurf machen, der diesen Räuber in dem Momente erschießt, da er selbst in der höchsten Gefahr ist, von dem Räuber erschossen zu werden. Man wird in diesem Falle die *Notwendigkeit der Gewaltanwendung durch den einzelnen* gutheißen.

Das alles zeigt, daß das Problem der Verteidigung eines Staates und damit des Krieges ein außerordentlich kompliziertes ist und nicht nach einem Schema gelöst werden kann.

### III.

Die Sozialdemokratie war sich denn auch in der Vorkriegszeit klar darüber, daß sie die Macht nicht besitze, den Krieg zu verhindern. Sie versuchte, das Militärproblem in *dem* Sinne zu lösen, daß sie sich auf den Boden stellte: *Wir lehnen jeden Angriffskrieg ab, aber wir sind für den Verteidigungskrieg.*

Die *Mittel*, die der Sozialdemokratie im Kampfe für den Frieden und zur Ueberwindung des Krieges zur Verfügung standen, waren verschiedenartige. Außer der *Propaganda* hatte die Sozialdemokratie im Staate die Möglichkeit, sich zu den Militär- und Kriegskrediten zu äußern. Im allgemeinen lehnte die Sozialdemokratie es ab, für die Militärkredite des bürgerlichen Staates zu stimmen. Trotzdem stand sie auf dem Boden der Landesverteidigung.

Als die Kriegsgefahr in Europa immer brennender wurde, hat die 2. Internationale den *Basler Kongreß des Jahres 1912* einberufen. In der gefühlsmäßigen Ablehnung des Krieges waren sich damals nicht nur die Sozialdemokraten einig, sondern auch weite bürgerliche Kreise. Man stellte deshalb in Basel *den Marxisten von damals das Münster zur Verfügung*, damit sie vor aller Welt gegen den Krieg demonstrieren konnten. Wenn man sich vergegenwärtigt, wie heute gegen die Marxisten vorgegangen wird, dann kann man erst erwägen, in welchem starkem Maße in Westeuropa die Bourgeoisie ihre Stellung gegenüber der Sozialdemokratie in diesen 20 Jahren verändert hat. Damals erschien den Basler Herren die *Abhaltung eines sozialistischen Kongresses gegen den Krieg als etwas Erfreuliches*. Heute hetzt man überall gegen den Marxismus und die Sozialdemokratie, trotzdem die Sozialdemokratie nach wie vor eine überzeugte Verfechterin des Friedens ist.

Am Basler Kongreß folgte man in der Hauptsache den deutschen Anträgen, die schlechthin eine Bekämpfung des Kriegsausbruches mit *allen* Mitteln forderten. Man lehnte es ab, bestimmte Mittel als bindend für die einzelnen sozialdemokratischen Landesparteien in der Kriegsbekämpfung zu erklären. So wurde der Antrag Keir Hardie-Vaillant, welcher für den Fall des Kriegsausbruches die *Erklärung des Generalstreiks* forderte, *nicht zum Beschluß erhoben*.

Diese Beschlußfassung durch den Kongreß resultierte nicht aus dem schlechten Willen und aus der Einsichtslosigkeit der Delegierten; er war auch nicht nur der Ausfluß aus der Stellungnahme der verschiedenen Landesparteien, bei einem Verteidigungskrieg die Militärkredite nicht abzulehnen; sondern diese Stellungnahme lag in den tatsächlichen Verhältnissen selbst begründet. Wo gab es damals eine sozialistische Landespartei, die ernsthaft behaupten konnte, daß im Falle des Kriegsausbruches der Parole eines Generalstreiks von den Arbeitenden wirklich Folge geleistet würde? Keine sozialistische Landespartei besaß in den Massen der Arbeitenden eine so starke Macht, sie zu veranlassen, den Mobilisationsbefehl zu mißachten und in den Streik zu treten. Die Forderung Keir Hardie-Vaillant war eine Zielforderung, die aber den realen Machtverhältnissen der Sozialdemokratie in den einzelnen Staaten nicht Rechnung trug.

Man kann deshalb den Sozialdemokraten von 1914 nicht zum Vorwurf machen, daß sie den Krieg *nicht verhindert* haben, welchen Vorwurf damals Bürgerliche erhoben und heute noch erheben wie das auch einzelne Sozialdemokraten tun. Was man den Sozialdemokraten unter Umständen zum Vorwurf machen kann, ist, daß sie *für*



die Kriegskredite stimmten. Aber wenn man berücksichtigt, daß sie von der Parole der Landesverteidigung ausgingen, ist vielleicht auch dieser Vorwurf problematisch. Wenn man bedenkt, daß selbst Liebknecht im August 1914 für die Kriegskredite stimmte (allerdings der Parteidisziplin und nicht der eigenen Ueberzeugung folgend), so versteht man die ganze Tragik der Problemstellung. Sicher ist, daß die Ablehnung der Kredite wesentlich zur frühern Beendigung des Krieges und zur Kriegsgegnerschaft in den einzelnen Ländern beigetragen hätte.

Daß aus dem Kriege mit all seinen Enttäuschungen, seiner Not, seinem Elend, den ungeheuerlichen Menschenschlächtereien gefühlsmäßig eine große Friedenssehnsucht erwuchs und gefühlsmäßig der Kampf gegen den Krieg gefördert wurde, ist verständlich. Daß der Krieg selbst für die Kriegsgegnerschaft warb, zeigte sich je länger, je mehr. Der ganze Machtapparat der herrschenden Klassen genügte bis zum Schluß in einzelnen Ländern nicht mehr, um die Friedenssehnsucht darniederzuhalten.

Aus dieser Stimmung wurde bei Kriegsende der Völkerbund geboren.

#### IV.

Im Hintergrund des Parteitagsbeschlusses der Sozialdemokratie der Schweiz, die im Jahre 1917 die Landesverteidigung ablehnte, stand die Friedenssehnsucht der Menschheit. Dieser Beschluß war unter den damaligen Umständen ein Beschluß, der weitesten Teilen der Bevölkerung sympathisch sein mußte. Er war eine *Reaktion auf die Unterscheidung zwischen Verteidigungs- und Angriffskrieg*. Man sagte sich, jede Regierung macht aus ihrem Krieg einen Verteidigungskrieg. Deshalb wird die Parole, die Kredite für den Verteidigungskrieg zu bewilligen, immer gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung sein, denn die herrschende Klasse wird immer glaubhaft zu machen versuchen und weitesten Kreisen auch glaubhaft machen können, daß es sich in jedem Falle um einen Verteidigungskrieg handle. Deshalb sei der Kampf gegen Militär- und Kriegskredite schlechthin und damit die Ablehnung auch der Landesverteidigung eine Notwendigkeit.

Nun ist aber die Frage der Landesverteidigung nur ein *Teilproblem* der Wehrfrage und damit der Friedensfrage überhaupt. Die Voraussetzungen für die Abrüstung und damit für die Sicherung des Friedens liegen *nicht nur beim Militarismus*, sondern auch in der *Wirtschaft* und der *gesellschaftlichen Struktur* von heute. Der Kampf auf wirtschaftlichem Gebiete ist der Kampf aller gegen alle. Jeder Konkurrent versucht auf Kosten des andern vorwärts zu kommen. Die Außenpolitik der Großstaaten ist wesentlich orientiert durch das *imperialistische Streben, neue Absatzmärkte zu erobern* und damit dem Kapitalismus des eigenen Landes neue Ausbeutungsgebiete zu sichern. Diesem imperialistischen Streben ist der Militarismus untergeordnet. Wenn man also den Frieden sichern will, dann muß man die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse ändern, die Macht der Kapitalisten brechen und eine *neue Wirtschafts- und Gesellschafts-*

*ordnung einführen.* Der Kampf gegen den Militarismus und den Krieg geht also Hand in Hand mit den Bestrebungen der Sozialdemokratie auf wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiete. Das heißt nicht, daß man nicht zum Kriegsproblem und zur Wehrfrage Stellung beziehen soll. Im Gegenteil, man muß diese Stellung beziehen, aber man kann das Problem *nicht von den gesellschaftlichen Vorbedingungen losgelöst* betrachten.

Der Weltkrieg endete mit einer großen Ernüchterung der Menschheit. Die ganze *Scheußlichkeit des Brudermordes* war einer Generation, die den Krieg erlebt hatte, offenbar geworden. In dieser Situation hätte eine aktive Friedens- und Abrüstungspolitik in jedem Lande die denkbar größten Erfolge gehabt, wenn man sie mit einer ganz andern Hingebung und mit ganz andern Kräften geführt hätte, als das tatsächlich der Fall war. Die großen Massen des Volkes waren von der Notwendigkeit des Friedens nicht nur überzeugt, sondern ihre *heißesten Wünsche* gingen auch darauf aus, *jeden Krieg in der Zukunft unmöglich zu machen.*

Leider begriffen weiteste Kreise nicht, daß die Frage der Abrüstung keine Frage von Verhandlungen und Beschlüssen des Völkerbundes ist, sondern eine Frage, die in den Volksmassen entschieden wird. Solange die Menschen gläubig darauf warten, daß der Völkerbund oder ein internationaler Kongreß oder sonst jemand den Frieden schaffe, sind sie *Zuschauer.* Sie *glauben an ein Wunder*, heiße dieses Wunder nun »Völkerbund« oder »Diktatur des Proletariats« oder »internationaler Kongreß« oder »Abrüstungskonferenz«. Solange aber die Menschen nicht begreifen, daß *sie von unten auf* den Frieden garantieren und auch verkörpern müssen, ist das Problem nicht gelöst. In jedem einzelnen Lande hätte die Friedenssehnsucht im Sinne der Umwälzung der gesellschaftlichen Ordnung und damit der Ueberwindung der alten Mächte gelöst werden müssen. Dabei wäre zweifellos die Parole der *Abrüstung im eigenen Lande* in der Zeit nach 1919 eine starke Förderung der sozialistischen Politik schlechthin gewesen; denn diese Parole hätte der tiefen Friedenssehnsucht vieler Menschen, welche von den gesellschaftlichen Zusammenhängen keine Ahnung haben, entsprochen.

Deshalb war zweifellos auch die Haltung der schweizerischen Sozialdemokratie, welche in Ausführung von Völkerbundsresolutionen die Abrüstung im eigenen Lande verlangte und die Propagierung des Friedens forderte (beispielsweise durch *Verbreitung von kriegsgegnerrischer Literatur* durch den Staat), richtig. Sie stimmte auch überein mit dem Parteitagsbeschluß von 1917. Aber diese Politik war angesichts der vielen wirtschaftlichen und politischen Fragen der Nachkriegszeit nur ein *kleiner Abschnitt* in der politischen und propagandistischen Tätigkeit der Sozialdemokratie. Dabei darf man nicht vergessen, daß *nach 1920 die Rüstungskredite fast in allen Staaten wuchsen*; daß auch bei uns in der Schweiz das Militärbudget wieder anschwellte und daß man in verhältnismäßig wenig Jahren die Militärausgaben des Jahres 1913 wieder erreicht hatte.

Die *Friedenspolitik* war *viel zu wenig aktiv* in einer Zeit, wo auf diesem Gebiete die Aktivität sehr lohnend gewesen wäre. In einem Staate, das ist *Dänemark*, war es der Sozialdemokratie gelungen, die Regierung zu bilden, und sie ging darauf aus, die Abrüstung durch eine Vorlage zu fördern, deren Endziel die vollständige *Abschaffung des Militärs* war. Dänemark hat nach dem Aufstieg des Faschismus *unter seiner sozialistischen Regierung* auf jede weitere Abrüstung verzichtet und sieht sich heute veranlaßt, neue Militärkredite zu bewilligen.

## V.

Währenddem die günstigste Zeit für die Friedenspropaganda verhältnismäßig ungenützt verstrich und währenddem sich einzelne Friedensfreunde über das Problem des Pazifismus und der Gewaltlosigkeit stritten, *erholten sich die alten Mächte der Gesellschaft nach und nach*.

Die *Kriegsgreuel* wurden *vergessen*. Eine junge Generation wuchs heran. Die Nachkriegszeit war erfüllt von der wirtschaftlichen Krise. Es zeigte sich je länger, je mehr, daß Millionen von Menschen keine Arbeit mehr hatten. Für die Jugend war die Zukunft düster und ausweglos. In dieser Situation stieg der Faschismus, der in Italien bereits 1922 zur Macht gelangt war, auch in Deutschland empor. *Durch den Sieg des deutschen Faschismus wurde die Kriegsgefahr in Europa ungeheuer gesteigert*. Der deutsche Faschismus bewies mit einer Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrig ließ, daß *Zustände* in Europa eintreten können, die man für *unmöglich* gehalten hätte. In hochindustriellen und hochkultivierten Ländern Europas erstehen Situationen, die an das *schwärzeste Mittelalter* und an die *Herrschaft asiatischer Despoten* erinnern. *Alle Errungenschaften jahrhundertelanger Kämpfe um Freiheitsrechte gehen verloren*. Das Recht der Persönlichkeit erlischt. Die Versammlungsfreiheit, die Pressefreiheit, die Redefreiheit, die Glaubens- und Gewissensfreiheit werden beseitigt. Als Recht wird erklärt das, was Deutschland nützt. Und das, was Deutschland nützt, wird letzten Endes von ein paar Machthabern, formell von einem einzigen Diktator, bestimmt. Am *30. Juni 1934* sind in Deutschland *über 1000 Personen ermordet* worden. Vor dem faschistischen Reichstag erklärte *Adolf Hitler*, daß in diesen 24 Stunden er der *oberste Gerichtshof des Deutschen Reiches* gewesen sei. Die Literatur, die Kunst werden der faschistischen Diktatur untergeordnet. Die *Erziehung* wird *restlos auf den Krieg* und auf die Erhaltung der faschistischen Diktatur umgestellt.

So hat die Welt im Verlaufe von ein paar Jahren ihr *Gesicht wesentlich verändert*. Es sind nicht nur alle *sozialen Errungenschaften*, die von Gewerkschaften und Sozialdemokratie im Laufe von Jahrzehnten unter größten Opfern erkämpft wurden, dahin, sondern es entstehen Despotien, welche, mit den modernsten Machtmitteln ausgerüstet, das Leben eines ganzen Staates kontrollieren und diesen Staat ihren eigenen Macht- und Geltungsbedürfnissen unterordnen.

In dieser Situation wäre es unsinnig, leugnen zu wollen, daß *bürgerliche Demokratien*, so wie sie nach der großen Französischen Re-



volution in vielen Staaten geschaffen worden sind, *ganz hervorragende Staatsgebilde sind gegenüber den faschistischen Staaten von heute*. Wenn ein fortschrittlicher Mensch zwischen dem faschistischen Deutschland und der Schweiz zu wählen hat, dann wird er die Schweiz wählen. Wenn ein freiheitsliebender Mensch zu wählen hat zwischen dem »Dritten Reich« und Frankreich, dann wird er Frankreich wählen. Wenn man also einfach sagen könnte: wir wünschen, daß die Zustände, so wie sie in der Schweiz beispielsweise ums Jahr 1925 waren, uns erhalten bleiben und daß wir uns dadurch den Faschismus ersparen, dann würde man zweifellos für die Schweiz von 1925 votieren. So *primitiv liegt nun aber die Problemstellung nicht*. Man kann nicht einfach ja oder nein sagen, denn die Wirtschaft ist *Entwicklung*, auch wenn es eine Entwicklung des Niederganges ist, und *alles politische Geschehen* ist ein *Wachstumsprozeß*, genau so, wie jede *geistige Entwicklung* ein *Werden* ist. Die meisten Menschen glauben, man könnte zu irgendeinem Problem Stellung nehmen, indem man auf eine Frage ja oder nein sage. Das ist ein *großer Irrtum*. *Die Entscheidung des Problems wird vorbereitet durch die Haltung der Menschen in den Jahren vor der Entscheidung*.

## VI.

Von diesem Gesichtspunkte aus ist auch die Wehrfrage zu betrachten. Es wäre vollständig irrig, wenn man glauben würde, man könnte einfach dadurch, daß man die Landesverteidigung ablehne, den bürgerlichen Staat und seinen Militarismus kritisieren, den Krieg verhindern und die Massen für den Sozialismus gewinnen. Die *Wirklichkeit* sieht etwas anders aus. Die Menschen überlegen sich, was für sie vorteilhafter und besser ist, in einem faschistischen Staate oder in einem bürgerlichen Staate mit all seinen Mängeln und Unvollkommenheiten zu leben. Sie entscheiden sich für den bürgerlichen Staat. Sie anerkennen deshalb auch die *Notwendigkeit der Verteidigung dem faschistischen Staate gegenüber*. Eine antimilitaristische Propaganda wird in einer solchen Situation wenig Gläubige finden. Die Menschen überlegen sich, ob die Gewaltlosigkeit ihnen nützt oder schadet. Sie sagen sich: Wenn ein Land, das weitgehende Freiheiten und Volksrechte besitzt, aus Gründen der Gewaltlosigkeit vor einem faschistischen Staate kapitulieren würde, dann wäre das nicht vorteilhaft. *Man würde nicht nur alle Freiheiten verlieren, sondern man würde viel mehr Militärdienst leisten müssen als in der Vergangenheit*. Man würde einem Krieg nicht entrinnen, weil faschistische Staaten gegeneinander Krieg führen werden. (Der Gegensatz zwischen dem italienischen und deutschen Faschismus bildet einen schlagenden Beweis dafür.) Man würde also das *Unheil dadurch fördern, daß man den eigenen Staat machtlos machen würde*. Es ist deshalb verständlich, daß im *Falle einer Mobilisation* die Arbeitenden der Mobilisationsparole folgen werden. Selbst wenn das arbeitende Volk eines solchen Staates, dank der sozialistischen Schulung und Erziehung der Massen, die Macht besitzen würde, einen erfolgreichen Generalstreik im Falle eines Krieges mit einem

faschistischen Staate auszulösen, so müßten wir das als unheilvoll bezeichnen. Man hätte mit einem solchen Generalstreik nicht nur das Land dem faschistischen Staate ausgeliefert und angegliedert, sondern man hätte die Hoffnung auf die Etablierung eines sozialistischen Regimes zerstört und damit *die Macht der faschistischen Herrschaft* gestärkt. Denn es wird doch kein Mensch glauben, daß ein solches Verhalten eines stark sozialistisch durchsetzten Staates die Truppen des faschistischen Landes zur Revolution und zum Sturz des eigenen Regimes veranlassen würde. Im Gegenteil: die faschistische Herrschaft würde durch einen solch ungeahnten Erfolg und den damit verbundenen Ruhm gestärkt und gefestigt.

Wenn man schon einen *Vergleich* ziehen will, dann müßte man vielmehr an das Jahr 1798 *bei uns in der Schweiz* denken. In der alten Eidgenossenschaft hatte die Gewaltherrschaft einiger weniger den Willen der Volksmassen zur Verteidigung des Landes geschwächt. Als dann die Franzosen in das Land einbrachen, begrüßten sie die Untertanen freudig; denn die große Französische Revolution hatte den Untertanen anderer Länder, also auch der Schweiz, gezeigt, daß die Parole der *Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit* etwas bedeute. Trotzdem die Französische Revolution im Jahre 1794 ihr Ende gefunden hatte, wirkten ihre *Freiheitsrechte* weiter. Es ist also zweifellos so, daß in den faschistischen Ländern von heute *viel eher in dem Momente die Revolution kommt, wo der faschistische Machtapparat eine Niederlage im Kriege gegen außen erleidet* als im Falle des faschistischen Sieges über ein anderes Land. Dann werden demokratische Heere den armen und gepeinigten Menschen als *Träger der Freiheit* erscheinen. Das wissen die faschistischen Machthaber auch. Deshalb haben sie alle Freiheitsrechte unterdrückt. Deshalb verhindern sie jede Orientierung der Massen. Deshalb führen sie die Menschen geistig, indem sie ihnen alles das vermitteln, was sie brauchen, um die faschistischen Maßnahmen als richtig zu empfinden. Das ist den Faschisten in Deutschland in weitestgehendem Maße gelungen. Sonst würde nicht der 30. Juni 1934 noch zu einer *Steigerung des Ansehens Hitlers* in verschiedenen Kreisen der deutschen Bevölkerung beigetragen haben.

In der faschistischen Periode wird das Wehrproblem noch komplizierter, als es schon war. Die Stimmung der Bevölkerung der nicht-faschistischen Staaten ist im großen und ganzen *antifaschistisch*. Die Bevölkerung ist gewillt, *den Faschismus auch außenpolitisch abzuwehren*. Heißt das, daß der Faschismus im eigenen Lande keine Fortschritte macht? Leider nein! Denn die Nachkriegszeit hat das Streben nach Diktatur und nach Beseitigung der Volksrechte wesentlich gefördert. Dazu hat die Zerrüttung der kapitalistischen Wirtschaft viel beigetragen. Die Vertiefung der Krise läßt den Wunsch, *daß ein einzelner herrsche*, begreiflicher erscheinen als je zuvor. Dazu hat aber auch beigetragen die *Vernachlässigung der Demokratie* in demokratischen Ländern *durch die Volksmassen selbst*, denen ihre demokratischen Rechte oft lästig wurden, und die das Errungene mit einer

großen Gleichgültigkeit behandelten, statt eifersüchtig über das Mitspracherecht des Volkes zu wachen. Das ist auch bei uns in der Schweiz der Fall.

Auch sehen wir, daß der Faschismus bei vielen Menschen an Ansehen gewinnt, weil die Demokratie die Krise nicht ohne weiteres meistern kann. Das *Mißtrauen gegen das bisherige liberale System wächst*. Die alten Herren der heutigen Ordnung versuchen, der faschistischen Strömung Konzessionen zu machen. Der Monopolkapitalismus verlangt den *Abbau der Demokratie* und fördert damit den Faschismus. Auch dadurch wird das Wehrproblem wesentlich kompliziert.

Heißt nicht, die Landesverteidigung anerkennen, den Militaristen auf dem Gebiete des Staates neues *Zutrauen* schenken? Werden sie eine besser gerüstete Armee nicht gegen das eigene Volk verwenden? Werden sie nicht das so vervollkommnete Heer eines Tages dem faschistischen Ausland angliedern und Seite an Seite mit Hitler gegen Frankreich marschieren? Haben wir nicht den *Fall Wille* und den Fall anderer Offiziere? Kann man in einer solchen Situation noch über eine Aenderung unserer Haltung in der Wehrfrage diskutieren?

Diese Fragestellung ist unrichtig. Sie geht an der Wirklichkeit vorbei. Die *wirkliche Fragestellung* heißt: *Wie steigern wir unsern Einfluß in den demokratischen Staaten, und wie fördern wir die Entwicklung im Sinne des Sozialismus und damit des Friedens?*

Wenn wir die oben skizzierten Fragen ansehen, dann ändert die Ablehnung der Landesverteidigung, also die Aufrechterhaltung des Parteitagsbeschlusses von 1917, an der tatsächlichen Entwicklung nichts. Unser Einfluß auf die großen Massen des Volkes in der Militärfrage wächst nicht, wenn das Heer von Leuten, die faschistenfreundlich sind, die mit den Fronten sympathisieren, kommandiert wird und ihnen im Kriegsfall ausgeliefert ist. Dann werden sie um so entschiedener dieses Heer handhaben, wenn nicht das Volk anders denken lernt.

Das *schweizerische Volksheer* läßt sich nicht ohne weiteres vergleichen mit dem Berufsheer oder dem stehenden Heer in andern Staaten. Der schweizerische Soldat ist verhältnismäßig wenig Zeit im Militärdienst. Die größte Zeit seines Lebens verbringt er zu Hause. Aber — und das ist das Entscheidende —, *wenn er im Militärdienst ist, ist er losgelöst vom bisherigen zivilen Leben*. Geistig findet zweifellos in dem Momente, wo der Mann einrückt, eine Umstellung statt. Er wird jetzt 14 Tage Wiederholungskurs machen, oder er wird jetzt Mobilisationsdienst leisten. Im Dienst selber ist er Soldat. *Er hat sich also dem militärischen Machtapparat untergeordnet*. Es ist illusionär, wenn man glaubt, daß eine Parole, die von außen kommt, in dem Momente, da die Einordnung in den Militärorganismus erfolgt, große Massen erfassen würde. *Die Zermürbung einer Armee tritt erst nach mühseligen und opferreichen Kämpfen im Kriege ein*. Vorher aber ist die *militärische Führung allmächtig* und deshalb auch in der Lage, *den Geist der Armee zu beherrschen*.

Dadurch, daß man *rein negativ zur Wehrfrage* Stellung nimmt, jede Landesverteidigung ablehnt, *vergrößert man aber die geistige Kluft*,

*die zwischen den Zivilisten und den Soldaten besteht.* Die Soldaten sind instinktiv der souveränen Führung der Militaristen ausgeliefert, der Führung jener Leute, welche die Sozialdemokraten als »Feinde des Vaterlandes«, als »Verräter« und als »Schädlinge« hinstellen. Das darf nicht so sein. Dadurch, daß die Sozialdemokratie in der Wehrfrage eine *positive Stellung* einnimmt und die Landesverteidigung dem faschistischen Angreifer gegenüber anerkennt, stellt sie den *Kontakt mit dem Fühlen und Denken weitester Volkskreise und insbesondere auch ihre Verbundenheit mit den Bürgern im Wehrkleide* her. Sie wird jetzt ihre *Kritik* an der Landesverteidigung des bürgerlichen Staates viel wirksamer üben können, als das in der vergangenen Zeit bei einer platonischen Ablehnung der Landesverteidigung nach einem alten Rezept der Fall war. Sie wird jetzt aufzeigen können, daß *zur Landesverteidigung die geistige, kulturelle und wirtschaftliche Landesverteidigung gehören.* Sie wird feststellen können, daß eine *frontistisch-faschistische Einstellung der Offiziere und anderer Machthaber die Landesverteidigung untergräbt und das Land an den Abgrund des Unterganges bringt.* Die Massen der Werktätigen werden erkennen lernen, daß diese Führung geändert werden muß, und daß eine wirkliche Landesverteidigung nur dann möglich ist, wenn man die *Freiheitsrechte* dem Volke erhält, ihm eine richtige Existenz garantiert, das *eigene Land zur wirklichen Heimat aller macht.* Die Menschen werden begreifen, daß jene, die die Existenz verschlechtern, faschistische Ideen propagieren, die Freiheitsrechte dem Volke rauben wollen, die *Totengräber des eigenen Volkes und des eigenen Landes* sind.

Deshalb ist eine Aenderung des Parteitagsbeschlusses von 1917 und eine *Aenderung in der Militärfrage für die schweizerische Sozialdemokratie unerläßlich.* Sie muß im Sinne einer *sozialistischen Landesverteidigung* Stellung beziehen. Dabei bedingt eine sozialistische Landesverteidigung nicht, daß man dem Vorschlage der bürgerlichen Machthaber einfach folgt. Wir müssen alle militärischen Maßnahmen überprüfen und selbständig dazu Stellung nehmen. Mit der einfachen Ja- oder Nein-Parole, die für alle Fälle gilt, wird man auch in der Zukunft nicht auskommen. Wir müssen uns in allen diesen Fragen ein *eigenes Urteil* bilden.

## VII.

Die Wehrfrage ist für ein *kleines Land* dadurch wesentlich kompliziert, daß seine *Verteidigung* Großstaaten gegenüber auf die Dauer gar nicht möglich ist. Wenn die Schweiz ein sozialistischer Staat wäre, mit einem von *sozialistischem Geist erfüllten Heere*, dann würde es ihr auf die Dauer auch nicht gelingen, sich gegenüber einem faschistischen Deutschland zu verteidigen. Aber ebensowenig könnte diese sozialistische Schweiz einfach die Waffen strecken und kapitulieren. Sie würde, *auf sich allein* gestellt, eine tragische Episode in der Geschichte darstellen, wie etwa die Kämpfe der Schutzbündler im Februar 1934 in Wien oder die Kämpfe der spanischen Freiheitshelden im Oktober 1934. Eine sozialistische Schweiz müßte Anlehnung



an andere sozialistische, eventuell demokratische Staaten suchen. So wie heute *Sowjetrußland in einer kriegsschwangern europäischen Situation Anlehnung an Frankreich* sucht, mit faschistischen Staaten wie Italien Freundschaftsverträge abschließt, und *in den Völkerbund eintritt*.

Die *heutige* Schweiz wird einen Krieg ebenfalls *nicht allein* durchführen können. Sie wird in einem ganz ausnahmsweise günstigen Falle noch einmal vom Kriege verschont werden, wenn beide Mächtegruppen aus militärischen Gründen Wert darauf legen, daß die Schweiz nicht in den Krieg einbezogen wird. *Dieser Fall ist sehr unwahrscheinlich*. Die Schweiz wird also in dem kommenden Kriege ein *Bestandteil irgendeiner verbündeten Front* sein. Für den Sieg der Sache der Demokratie ist es von ausschlaggebender Bedeutung, ob eventuell ein faschistisches Deutschland, ohne Widerstand zu finden, durch die Schweiz durchbrechen könnte. In diesem Zusammenhange ist die Frage bestimmter *Abwehrmaßnahmen gegen Deutschland* zu prüfen, denn die *größte Kriegsgefahr bedeutet Deutschland*. Die Ueberraschung zu Beginn eines kommenden Krieges wird unter Umständen für den weiteren Verlauf des Krieges von *entscheidender* Bedeutung sein.

Auch unter diesem Gesichtswinkel ist die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Wehrfrage und zu einzelnen Militärvorlagen zu prüfen.

Die Aenderung der Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Wehrfrage in demokratischen Ländern, die noch nicht sozialistisch sind, kann unseres Erachtens nur *fördernd für den Sozialismus* wirken. Damit erwächst in den Volksmassen der noch nicht faschistischen Staaten der *Wille, auch mit Gewalt den Faschismus außenpolitisch abzuwehren*. **Je stärker dieser Wille wird, je geschlossener die Massen der noch nicht faschistischen Staaten in ihrem antifaschistischen Denken sind, um so größer wird das Wagnis faschistischer Staaten, insbesondere Deutschlands, den Krieg auszulösen.** *Ein faschistisches Deutschland läßt sich nur durch die Gewalt imponieren*. So bedauerlich dies vom Standpunkt der Gewaltlosigkeit aus ist, so ist es doch eine *Tatsache, daß Verbrecher nur mit Gewalt an ihren Verbrechen gehindert werden können*. Das gilt, aus dem zivilen Leben übertragen, auch für das staatliche Leben, insbesondere faschistischen Raubstaaten gegenüber. So sehen wir eine *letzte Chance, den europäischen Frieden zu erhalten in der Tatsachen, daß die nichtfaschistischen, halb- oder ganzdemokratischen Staaten zu einer entschlossenen Abwehr gegen den Faschismus geistig vorbereitet sind und damit auch die nötigen Machtmittel schaffen, um den faschistischen Staaten das Handwerk zu legen*. Ob die Zeit zu diesem Werdeprozeß noch ausreicht, bevor faschistische Staaten zum Kriege übergehen, vermögen wir nicht zu sagen. Aber daß man diese Chance *im Interesse des Weltfriedens, der Erhaltung der sozialen und kulturellen Errungenschaften* nicht ausnützen soll, erscheint uns unrichtig. Wir sind deshalb der Meinung, daß auch von diesem internationalen Gesichtspunkte aus betrachtet die Stellungnahme zur Wehrfrage überprüft werden muß.